

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 123. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 9. September 2004

Einzelplan 09

**Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit**

in Verbindung mit

#### **Tagesordnungspunkt 8:**

Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Vierten Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch** (Drucksache 15/3674)

#### **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Petra Pau.

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Finanzminister Eichel hat vorgestern vorsichtigen Optimismus versprüht: Die Wirtschaft springe an, die Exporte boomten und vielleicht, so der Minister, gesunde alsbald auch der Binnenmarkt. Dann lobte er **Hartz IV**. Genau das hätte er nicht tun sollen. Denn kommt Hartz IV, dann – so haben die Wirtschafts- und Arbeitsminister aller neuen Bundesländer hochgerechnet – geht allein in den neuen Bundesländern 1 Milliarde Euro an Kaufkraft verloren. Anders gesagt: Der Binnenmarkt wird geschwächt, kleinen und mittleren Betrieben drohen Konkurse und die Arbeitslosigkeit wird eher zu- als abnehmen. Das ist ein Grund, warum die PDS Hartz IV ablehnt.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

„Hartz“ wurde mit dem Versprechen präsentiert, binnen zwei Jahren werde die Arbeitslosigkeit halbiert. Davon ist längst nicht mehr die Rede. Die jüngste Arbeitslosenstatistik sagt ohnehin etwas anderes und hinzu kommt: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist deutlich gestiegen. Zugleich ist die Zahl der Arbeitsplätze spürbar gesunken.

Aber es geht in diesen Debatten nicht nur um Hartz IV. Sie machen eine Steuerreform, bei der Großverdiener gewinnen, und Sie machen eine Arbeitsmarktreform, bei der die Schwachen verlieren. Sie nehmen also denjenigen, die konsumieren, und Sie geben denjenigen, die spekulieren. Für die Grünen, die neue Partei der Besserverdiener, mag das ja inzwischen normal sein, aber sozialdemokratisch ist das, was Sie hier an Politik abliefern, nie und nimmer.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die Wirkungen von Hartz betreffen übrigens alle strukturschwachen Regionen, auch die im Westen. Deshalb ist es ein schnödes Ablenkungsmanöver, wenn Hartz IV und die Proteste dagegen in einen Ost-West-Konflikt umgedeutet werden. Meine Generalthese ist vielmehr: Die **Agenda 2010** insgesamt ist der Gegenentwurf zu einem modernen sozialen Rechtsstaat.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun ist ja viel von Populismus die Rede, auch heute wieder, und der Vorwurf wird mit Vorliebe gegen die PDS geschleudert. Ich finde das wenig souverän. Sie haben in Ihrem Wahlprogramm versprochen – ich zitiere –:

Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.

Bei den Grünen heißt es:

ArbeitslosenhilfebezieherInnen sollen nicht schlechter gestellt werden als bisher.

Deshalb behalten Sie bitte Ihre Populismusvorwürfe für sich. Übrigens keinen Deut besser sind die Ministerpräsidenten Milbradt und Böhmer: Sie suggerieren immer noch, sie hätten im Dezember gegen Hartz IV gestimmt. Etwas anderes war der Fall.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Dagegen ist der Wirtschaftsminister Clement übrigens eine ganz ehrliche Haut. Er kämpft für Hartz IV, zwar mit bitterböser Miene, aber ich finde, das ist dem Gesetz dann auch angemessen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ein letzter Punkt. Sie – von CDU bis zu den Grünen – haben die PDS mehrfach mit der NPD in einen Topf geworfen. Ich finde, diejenigen, die das getan haben, sollten sich schämen und entschuldigen. Nicht nur, dass sie damit Antifaschisten, die der Folter im KZ knapp entronnen sind und heute in der Nähe der PDS stehen, schlimm beleidigen. Sie verharmlosen mit diesem Vorwurf auch die NPD, die mit nationalistischen und rassistischen Parolen durchs Land zieht. Ferner gefährden Sie mit dieser absurden Gleichsetzung das gesellschaftliche Bündnis gegen rechts und für Toleranz. Ich finde, so kurzfristig darf man auch im Wahlkampf nicht denken.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Es kommt immer die Frage nach den Alternativen der PDS. Ich finde, wir brauchen Reformen, allerdings wirkliche. Erstens wollen wir eine andere Steuerpolitik, eine, die von oben nach unten umverteilt und nicht anders herum. Zweitens wollen wir eine andere Sozialpolitik, eine, die gerecht ist und solidarisch wirkt. Drittens wollen wir mehr Demokratie und keine „Basta-Politik“.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])